

unternehmer nrw

Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen e.V.

Rede

Horst-Werner Maier-Hunke

Präsident

Landesvereinigung der Unternehmensverbände
Nordrhein-Westfalen

Unternehmertag 2013

5. Dezember 2013

Düsseldorf

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: 19.00 Uhr

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Ihnen allen ein herzliches Willkommen zum Unternehmertag 2013 hier in Düsseldorf.

Der Unternehmertag ist jedes Jahr das wichtigste Forum, bei dem sich Unternehmer aus Nordrhein-Westfalen mit hochrangigen Vertretern aus Politik, Verbänden, Gewerkschaften, Verwaltung, Wissenschaft und Medien austauschen können.

Ich freue mich sehr, dass Sie auch in diesem Jahr diese Gelegenheit in so großer Zahl wahrnehmen.

An Ihrem Beifall erkenne ich, dass Ihnen der kurze Einspieler zugesagt hat. Ich meine, die Bilderschau hat eines gezeigt: Mit unseren 129 Verbänden und 80.000 Mitgliedsbetrieben sind wir die Spitzenorganisation der nordrhein-westfälischen Wirtschaft und damit das Sprachrohr für die Anliegen der Unternehmen in diesem Land.

Meine Damen und Herren,

sehr herzlich begrüße ich in unserer Mitte das Mitglied der Europäischen Kommission und den Kommissar für Energie. Herzlich willkommen, lieber Günther Oettinger.

Ich freue mich, dass Sie heute unser Gast sind und zu unserem Unternehmertag gekommen sind. Wohl kaum ein anderes Thema brennt den Unternehmen in Nordrhein-Westfalen dermaßen unter den Nägeln wie die Auswirkungen der Energiewende in Deutschland.

Da die Energiepolitik nicht an den Landesgrenzen Halt macht, sondern eine zu tiefst europäische Dimension hat, könnte der Zeitpunkt für Ihren Festvortrag aktueller nicht gewählt sein. Lieber Herr Oettinger, wir sind schon jetzt gespannt auf Ihre Rede.

Mein Willkommensgruß gilt den Vertretern der Landesregierung, den Abgeordneten des Europäischen Parlaments, des Deutschen Bundestages und des nordrhein-westfälischen Landtags – stellvertretend begrüße ich

- den Minister für Arbeit, Integration und Soziales, Guntram Schneider,
- den Chef der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, Franz-Josef Lersch-Mense,
- den Vorsitzenden der CDU in Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet,
- den Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Karl-Josef Laumann sowie
- den Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales, Dr. Wilhelm Schäffer.

Ich begrüße die Vertreter der Gerichtsbarkeiten, des Konsularischen Corps, der Behörden, der Bundeswehr, der beiden christlichen Konfessionen, der Jüdischen Kultusgemeinden und der Medien.

Herzlich willkommen heiße ich

- den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes Landesbezirk Nordrhein-Westfalen, Andreas Meyer-Lauber,
- und den Bezirksleiter der IG Metall Nordrhein-Westfalen, Knut Giesler.

Und wir danken sehr herzlich der Bayer AG, die in diesem Jahr ihr 125-jähriges Firmenjubiläum feiert, der Commerzbank AG und der MetallRente für die Unterstützung des Unternehmertages 2013.

Meine Damen und Herren,

den Jahresbericht der Landesvereinigung der Unternehmensverbände haben wir im Sommer überschrieben mit der Schlagzeile „Warten auf Starterlaubnis“!

Anders ausgedrückt: Eigentlich befinden sich unsere Unternehmen auf dem Weg zur Startbahn, denn Deutschland – und mit Abstrichen auch Nordrhein-Westfalen – geht es insgesamt gut.

Im europäischen Vergleich fällt die Robustheit unseres Landes auf. Die Arbeitslosigkeit konnte in den letzten acht Jahren deutlich reduziert werden, die Erwerbstätigkeit hat historische Höchstwerte erreicht. Die Konsolidierung des Bundeshaushalts ist weiter vorangeschritten.

Doch täuschen wir uns nicht: Die erfreuliche Entwicklung ist kein Selbstläufer.

Denn weitgehend unbemerkt – übrigens auch von der Politik – gibt es einen ökonomischen Befund, der uns Sorgen machen muss: Deutschland erlebt eine Investitionsschwäche. Nachdem im Jahr 2012 die Ausrüstungsinvestitionen um satte vier Prozent geschrumpft sind, rechnen Ökonomen für dieses Jahr mit einem weiteren Rückgang um 2,5 Prozent.

Schlimmer noch: Das Investitionsniveau, das wir 2008 vor dem Ausbruch der historischen Wirtschaftskrise hatten, haben wir seitdem nie wieder erreicht.

Wenn wir diese Erkenntnis ernst nehmen, müssen wir darauf reagieren – und zwar mit Weichenstellungen, die die Wettbewerbsfähigkeit und Leistungskraft der Unternehmen stärken und alles vermeiden, was Investitionen und damit Arbeitsplätze gefährdet.

Der Zeitpunkt dafür könnte besser nicht sein, die wirtschaftliche Lage ist gut. Deshalb könnte die neue Bundesregierung jetzt eine standortfreundliche Politik beherzt in beide Hände nehmen.

Meine Damen und Herren,

unser Blick ging in den letzten Wochen sorgenvoll nach Berlin.

Sehr viel von dem, über das in den zurückliegenden Koalitionsverhandlungen gesprochen wurde, hat die Wirtschaft in Entsetzen versetzt. Ich hatte den Eindruck, dass dort über ein Regierungsprogramm verhandelt wird, das in einem

gefährlichen Experiment die Belastungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft überprüfen soll.

Wir haben dies öffentlich, aber auch in ungezählten Gesprächen mit den politisch Handelnden immer wieder deutlich gemacht.

Die Verhandlungen sind seit einer Woche beendet, das Ergebnis liegt vor.

- „Operation Stillstand“, titelte anderntags das Handelsblatt,
- „Die schwarzrote Schönwetter-Koalition“, meinte die Rheinische Post,
- „Ein Vertrag zu Lasten der Wirtschaft“, formulierte die FAZ,
- „Die GroKo hätte Opposition verdient“, so die WAZ und
- „Deutschland ist kein Vorbild für Europa mehr“, schrieb die WELT.

Fünf Schlagzeilen, die sich in der Bewertung einig sind: Der Koalitionsvertrag ist zwar dick, aber nicht stark!

Um es klar zu sagen: Aus Sicht der Unternehmen ist das Ergebnis völlig unbefriedigend.

Gewiss: Am Ende sind nicht alle Belastungen, die auf dem vollen Gabentisch der Koalitionäre lagen, auch tatsächlich beschlossen worden.

Und sicherlich ist es der Wirtschaft auch gelungen, so manch wirtschaftsfeindliche Vorhaben abzuwenden.

Natürlich sind wir froh, dass die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung verhindert werden konnte.

Allerdings wäre eine solche Regelung im Verein mit einem flächendeckenden Mindestlohn einem Berufsverbot für Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte gleichgekommen.

Und natürlich sind wir erleichtert, dass die neue Bundesregierung nun eine gesetzliche Regelung der Tarifeinheit herbeiführen will. Endlich!

Ich bin sehr froh darüber, dass sich in CDU/CSU und SPD endlich die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass eine Zersplitterung der Tariflandschaft à la Lufthansa, Deutsche Bahn oder Gesundheitswesen der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft einen enormen Schaden zugefügt hätte. Ich hoffe sehr, dass dieses Gesetz nun auch bald umgesetzt wird.

Aber loben zu müssen, dass Schlimmeres verhindert und ein Grundfundament unserer Sozialen Marktwirtschaft einigermaßen bewahrt wurde, kann nicht wirklich befriedigen.

Die Wirtschaft hat in den letzten Jahren jedenfalls geliefert: Rekord-Beschäftigung, Niedrigst-Arbeitslosenquote, Rekord-Steuereinnahmen!

Die Anerkennung der neuen Bundesregierung für diese Leistung ist ein Koalitionsvertrag, der sich vor allem der Verteilung dieser Früchte widmet.

Anders ausgedrückt: Das Regierungsprogramm 2013 ist der Ausweis einer Großen Koalition der Sozialpolitiker und eben kein Zukunftsprogramm für Deutschland. Es bietet nicht die überzeugende Antwort auf die wirklich großen Herausforderungen für unser Land – und vor allem:

Es erzeugt keine echte Aufbruchstimmung in Deutschland.

Wenn wir in der Geschichte unseres Landes blättern, dann lernen wir, dass die Politik immer dann unser Land stark gemacht hat, wenn ihr eines gelang: Die Balance zwischen einer einerseits wirtschafts- und investitionsfreundlichen und einer andererseits sozial ausgewogenen Regierungspolitik.

Die Lektüre des Deutschland-Plans bis 2017 verschafft mir diese Überzeugung nicht – im Gegenteil: Es bleibt der Eindruck, dass diese Balance zunehmend zu Lasten der deutschen Wirtschaft aus dem Gleichgewicht zu geraten scheint.

Der einst überparteiliche Konsens des deutschen Wegs der sozialen Marktwirtschaft droht schleichend immer mehr einer Politik zu weichen, die offenkundig sozialpolitische Wohltaten zum Maßstab künftigen Regierungshandelns machen will.

Anders ausgedrückt: Deutschland erlebt in den nächsten Jahren eine Politik, deren Finanzierung erst noch geklärt werden muss. Sie ist vor allem aber ein Scheck, der erst von unseren Kindern und Enkeln eingelöst werden muss. Dies gilt insbesondere für die Renten- und Energiepolitik. Ich komme darauf gleich noch zurück.

Doch zunächst zur Arbeitsmarkt- und Tarifpolitik: Fest steht, dass wir in Deutschland einen einheitlichen, gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro bekommen werden. Ich sage es ganz deutlich: Ich halte diese Entscheidung sowohl ordnungspolitisch als auch arbeitsmarktpolitisch für grundfalsch!

Selbst wenn der Mindestlohn erst ab 2015 gültig ist, selbst wenn durch Übergangsfristen das gesetzliche Mindestlohnniveau erst 2017 endgültig in Kraft tritt:

Der gefundene Kompromiss ändert nichts an der Tatsache, dass die Tarifautonomie in Deutschland einen schweren Schaden erleidet.

Es ist ein Paradigmenwechsel, der in die Grundmauern der Sozialen Marktwirtschaft einschlägt. Ich verstehe nicht, warum die Politik inzwischen so wenig Vertrauen in die Gestaltungsfähigkeit der Tarifpartner hat.

Das kann uns Unternehmern nicht gefallen. Und das kann eigentlich auch den Gewerkschaften nicht gefallen.

Die SPD hat eine Entscheidung in dieser Frage zu einem Koalitions-Dogma erhoben. Damit hat sie aber auch die Konsequenzen dafür zu tragen, dass mit einem Federstrich mehr als 40 mit DGB-Gewerkschaften ausgehandelte Tarifverträge außer Kraft gesetzt werden.

Vor allem aber muss sie bald den Langzeitarbeitslosen und Geringqualifizierten erklären, warum sie ihnen jetzt mutwillig den Einstieg in Arbeit verbaut. Wir Unternehmer verstehen diese Politik nicht.

Meine Damen und Herren,

Deutschland liegt in der Spitzengruppe jener Länder, die die kürzesten Arbeitszeiten haben. Ebenso liegt Deutschland in der Spitzengruppe jener Länder, die Weltklasse-Löhne zahlen. Deutschland ist zudem ein Land, das die wohl weitreichendsten Kündigungsschutz-Regelungen unter den Industrieländern hat.

Alle drei Aspekte sorgen dafür, dass unsere Unternehmen einen schweren Rucksack im Ringen um Aufträge auf den Weltmärkten zu tragen haben. Damit das Marschgepäck für alle etwas leichter wird, brauchen unsere Unternehmen vor allem eines: Flexibilität in den Arbeitsbedingungen!

Die Instrumente hierfür sind die Zeitarbeit und Werkverträge – und hier bietet der Koalitionsvertrag unter dem Strich nur Verschlechterungen:

Bei der Zeitarbeit erleben wir fortan noch mehr staatliche Regulierung – sowohl bei der Einsatzdauer als auch bei der Frage der Bezahlung. Natürlich sind die Vorfahrtsregeln für tarifliche Vereinbarungen bei der Verlängerung der Einsatzdauer grundsätzlich zu begrüßen.

Gleichzeitig aber hebt das gesetzlich vorgeschriebene „Equal Pay“ nach neun Monaten bestehende Tarifverträge über Branchenzuschläge aus.

Deshalb bleibt es dabei: Mehr Regulierung und damit weniger Flexibilität bei einem Instrument, das uns im internationalen Wettbewerb entscheidend hilft.

Auch Werkverträge erfahren ein deutliches Mehr an Regulierung. Wir sprechen hier übrigens über einen Bereich, der für unsere arbeitsteilige Wirtschaft zwingend notwendig ist. Die öffentliche Diskreditierungs-Kampagne dieser Beschäftigungsform zeigt jedoch anscheinend ihre Wirkung.

Zwar sind völlig zu Recht Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte über Werkverträge und damit Eingriffe in die unternehmerische Entscheidungsfreiheit nicht verwirklicht.

Dennoch habe ich die Sorge, dass das Instrument der Werkverträge in Deutschland durch zusätzliche Regulierungsversuche auf Dauer massiv Schaden nimmt.

Übrigens: Missbräuche sind bereits heute gesetzlich verboten.

Nur erwähnen will ich in diesem Zusammenhang die Einführung einer Frauenquote in der Wirtschaft, den gesetzlichen Rückkehr-Anspruch von Teilzeit in Vollzeit, die neuen Berichts- und Statistikpflichten zur Entgeltgleichheit sowie den gesetzlichen Pflegezeit-Anspruch.

Alle arbeitsmarktpolitischen Eingriffe zusammengenommen: Die neue Bundesregierung muss aufpassen, dass sie an dieser Stelle nicht für ein Konjunkturprogramm für die ausländische Konkurrenz sorgt.

Meine Damen und Herren,

doch damit nicht genug: In der Sozialpolitik sind offenkundig alle Hemmungen gefallen:

- die Einführung einer Mindestrente,
- die Erhöhung der Mütterrente,
- die Erhöhung der Erwerbsminderungsrente,
- Aufweichungen bei der Rente mit 67 sowie
- Beitragssteigerungen in der Pflegeversicherung.

Das Bundesfinanzministerium beziffert die Gesamtkosten dieser fünf Maßnahmen auf jährlich rund 19 Milliarden Euro. Und darin ist der langfristige Effekt des demografischen Wandels noch gar nicht berücksichtigt.

Damit ist auch klar: Dieses Gesamtpaket überfordert die Sozialkassen, erhöht die Lohnzusatzkosten, setzt einen völlig falschen Anreiz zur Frühverrentung und belastet kommende Generationen auf Dauer.

Das kann doch nicht im Ernst der Masterplan für eine demografiefeste und verantwortungsbewusste Sozialpolitik in Deutschland sein.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle einen Gedanken zum Thema Rente: Wir haben es mit der „Rente mit 67“ geschafft, die Alterssicherung ein Stück demografiefester und damit zukunftssicherer zu machen. Wenn jetzt aber – wieder beitragsfinanziert – neue Leistungen in zweistelliger Milliardenhöhe zugestanden und zudem Ausnahmeregelungen für einen früheren Renteneintritt gewährt werden, werden die erzielten Erfolge fahrlässig aufs Spiel gesetzt.

Wir müssen feststellen, dass auf Sicht die Sozialversicherungsbeiträge aufgrund zusätzlicher Leistungen deutlich steigen werden.

Deutschland – so haben Sie es, sehr geehrter Herr Oettinger – unlängst formuliert, droht seinen wirtschaftlichen Vorsprung zu verspielen, falls eine künftige schwarz-rote Regierung vor allem auf Umverteilung setzt.

Herr Kommissar, Ihre Analyse ist treffend, ich stimme uneingeschränkt zu. Und ich füge hinzu: Die Umsetzung dieser politischen Tagesordnung kostet vor allem eines: Mehr Geld!

Und damit bin ich bei der Haushalts- und Finanzpolitik.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass die Koalition ab 2015 keine neuen Schulden machen will. Stabile Staatsfinanzen stärken das Vertrauen in den Wirtschaftsstandort und schaffen auf Dauer neue Handlungsspielräume für Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Forschung.

Ebenso ist es richtig, auf Steuererhöhungen und hier insbesondere auf eine Substanzbesteuerung zu verzichten. Es ist gut, dass in der Steuerpolitik Kurs gehalten wird.

Denn wer auf Steuererhöhungen setzt und obendrein auch noch annimmt, steigende Steuereinnahmen und ein niedriges Zinsniveau seien schon fast ein Naturgesetz, der spielt mit dem Feuer. Eine falsche Fiskalpolitik und sich ins Gegenteil verkehrende konjunkturelle Entwicklungen können schnell in eine neue Welle unverantwortlicher Verschuldungspolitik münden, deren Folgen vor allem unsere Kinder und Enkel ausbaden müssen. Das darf nicht geschehen!

Und noch ein weiterer Gedanke treibt mich um: Die Deutschland-Rechnung ohne Neuverschuldung funktioniert nur dann, wenn die Konjunktur mitspielt, die Unternehmen Gewinne machen, die Beschäftigung stabil bleibt und so die Steuereinnahmen sprudeln.

Was aber geschieht, wenn die arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Bremsmanöver der Koalition Spuren zeigen? Die Verfassung verpflichtet den Staat, auf die Schuldenbremse zu treten. Die Lösung für die Politik liegt dann auf der Hand: Entweder wird in die Kassen der Sozialversicherungen gegriffen und die Beiträge werden erhöht oder aber Steuererhöhungen kommen schneller auf die Agenda, als uns allen lieb ist.

Meine Damen und Herren,

noch bewegt sich die Finanzpolitik auf Bundesebene in die richtige Richtung. Davon kann in Nordrhein-Westfalen bestenfalls eingeschränkt die Rede sein.

Obwohl das Land in diesem Jahr historisch hohe Steuereinnahmen verzeichnet, ist angesichts nochmals deutlich steigender Ausgaben weiterhin nicht erkennbar, wie die Landesregierung die Einhaltung der Schuldenbremse im Jahr 2020 erreichen will.

Wir weisen immer wieder darauf hin, dass Nordrhein-Westfalen kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem hat. Ja, das Land hat mit der Senkung der Neuverschuldung einen Schritt in die richtige Richtung gemacht.

Aber immer noch fehlt die echte Entschlossenheit zum Sparen. Und dies wird der Landesregierung umso schwerer fallen, wenn sich das derzeit günstige Zinsniveau normalisiert und im Haushalt wieder mehr Raum für Zinsausgaben nötig ist.

Nordrhein-Westfalen ist nach wie vor ein Kernland der Industrie. Und die Aussage ist nicht neu, dass unser Land in den vergangenen Jahrzehnten einen Strukturwandel bewältigen musste wie kein anderes Flächenland der Republik. Und diese Entwicklung ist noch lange nicht abgeschlossen.

Wir alle haben die Meldungen der letzten Wochen in Erinnerung. Große Konzerne an Rhein und Ruhr stehen wieder einmal vor einem spürbaren Abbau von Arbeitsplätzen. Und umso mehr ist gerade unser Land auf verlässliche Rahmenbedingungen angewiesen, die Investitionsanreize setzen und Arbeitsplatzverluste an anderer Stelle ausgleichen.

In Zeiten wie diesen kann eine Landesregierung richtige Impulse setzen und für das Land eine Menge Gutes tun.

Doch leider erleben wir hier eine Politik, die weniger Licht und mehr Schatten aufweist:

- NRW hat ein Klimaschutzgesetz, das Unternehmen hohe Auflagen abverlangt, das bundesweit ein Solitär ist und das überdies die Landesplanung angesichts unklarer Verknüpfung von Klimazielen und Vorgaben zur Raumordnung fehleranfällig macht.
- NRW hat ein Tariftreue- und Vergabegesetz, das mit einer Unmenge von Nachweis- und Kontrollpflichten, Verpflichtungserklärungen, Abgrenzungsproblemen und unklaren Gesetzesdefinitionen ein wahrhaft bürokratisches Monstrum ist.
- NRW hat einen „Solidarpakt Städtefinanzen“ mit einer Sonderabgabe zu lasten wirtschaftlich erfolgreicher Kommunen, von dem ein spürbarer Impuls für weitere Erhöhungen bei Grund- und Gewerbesteuern ausgeht.
- NRW plant Einschränkungen bei Flächenausweisungen für Gewerbe und Industrie vorzunehmen, obwohl ausgerechnet unser Land im harten nationalen und internationalen Wettbewerb der Wirtschafts- und Investitionsstandorte zunehmend zurückfällt.
- NRW will die Autonomie der Hochschulen durch ein neues Hochschulgesetz stark einschränken. Das erschwert nicht zuletzt auch die so wichtige Kooperation von Hochschulen und Unternehmen.
- Aus NRW kommen immer wieder Bundesratsinitiativen, deren Umsetzung den Arbeitsmarkt in NRW zusätzlich regulieren und damit die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen erheblich erschweren würde.
- Und NRW setzte zuletzt den Impuls für die bundesweite Einführung eines Unternehmensstrafrechts, das gerade mittelständische Unternehmen künftig unter Generalverdacht stellt und wie eine Umkehr der Unschuldsvermutung wirkt.

Meine Damen und Herren,

dieser Maßnahmen-Katalog nimmt unsere Unternehmen vor allem in die Zange. Er schafft eben keine Anreize für Zukunftsinvestitionen am Standort NRW.

Diese Politik sorgt unter dem Strich für eine skeptische Grundstimmung in der Unternehmerschaft. Das ist schade, verstellt sie doch den Blick dafür, dass mit dem Mittelstandsförderungsgesetz ein Schritt in die richtige Richtung gegangen wurde. Jetzt können Gesetze in NRW bereits im Vorfeld von Ressortabstimmung und Kabinettsbeschluss von einer Clearingstelle auf ihre Mittelstands-Verträglichkeit überprüft werden.

Die Landesvereinigung nimmt diese Möglichkeit außerordentlich ernst, die Wirtschaftspolitik des Landes mitzugestalten.

Das Clearingverfahren bietet die Chance, die Anliegen der Wirtschaft frühzeitig einzubringen. Wir freuen uns darüber, dass dem Wirtschaftsministerium erkennbar an einem Erfolg des Clearingverfahrens gelegen ist.

Außerdem ist es gut, dass im Juli dieses Jahres auch der Mittelstandsbeirat seine Arbeit aufgenommen hat. Er soll die Landesregierung dabei beraten, die Mittelstandspolitik in NRW an den Bedürfnissen und Bedingungen kleiner und mittlerer Unternehmen zu orientieren.

Der Mittelstandsbeirat hat für uns eine große Bedeutung. Und darum haben wir zwei besonders profilierte Repräsentanten unserer Unternehmensverbände gebeten, die Stimme der Unternehmer in diesem Gremium zu vertreten.

Sehr herzlich danke ich deshalb dem Vorsitzenden des Unternehmensverbandes Westfalen-Mitte und Vizepräsidenten von METALL NRW, Egbert Neuhaus, sowie dem Vorsitzenden des BDI/BDA-Mittelstandsausschusses und neugewählten Vizepräsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Arndt Kirchhoff, für ihre Bereitschaft, unsere Interessen im Mittelstandsbeirat zu vertreten.

Was, meine Damen und Herren, ist eigentlich mittelstandsrelevant? Ich möchte das an einem Beispiel erklären: Auf Vorschlag des Präses der Evangelischen Kirche, Herrn Schneider, hat die Landesregierung vor, den Reformationstag 2017 als gesetzlichen Feiertag zu begehen. Denn am 31. Oktober 2017 jährt sich zum 500. Mal der Tag des Reformationsbeginns.

Allerdings: Ein zusätzlicher Feiertag hält allein für NRW volkswirtschaftliche Kosten in Höhe von 500 Millionen Euro bereit. Deshalb haben wir vorgeschlagen, den 31. Oktober 2017 per Bundesgesetz zum Ruhe- und Gedenktag zu erklären.

Im Gegensatz zu einem Feiertag könnte aber die an diesem Tag wegen eines Ruhegebots nicht geleistete Arbeit entweder vorgearbeitet oder nachgeholt und die Kosten in Grenzen gehalten werden.

Auch hierfür werden wir uns in der Clearingstelle Mittelstand weiter einsetzen.

Meine Damen und Herren,

wohl existenziell für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands und Nordrhein-Westfalens ist das Gelingen der Energiewende.

Um es klar zu sagen: Die Hütte brennt!

Ich möchte dies begründen: Eingangs hatte ich von einer nachhaltigen Investitionsschwäche gesprochen.

Konkret weist Deutschland von 2001 bis 2012 gegenüber dem Durchschnitt des Euro-Raums eine Investitionslücke auf, die jahresdurchschnittlich bei 2,9 Prozent der Wirtschaftsleistung lag. Zusammengerechnet sind dies deutlich mehr als 800 Milliarden Euro.

Diese Lücke hat besonders viel mit den energieintensiven Bereichen zu tun. Diese Unternehmen haben seit der Jahrtausendwende ihren Kapitalstock nicht mehr erhalten, die Investitionen also geringer sind als die Abschreibungen.

Eine Ursache hierfür: Die hohen Abgaben auf Industriestrompreise, die sich seit 2007 fast vervierfacht haben. Nirgendwo sonst in Europa hat es eine solche Kosten-Explosion gegeben.

Hier im Raum muss ich keinem sagen, dass Nordrhein-Westfalen als Kernland der Industrie zwingend auf wettbewerbsfähige Strompreise angewiesen ist.

Ich bin sehr froh, Herr Meyer-Lauber, dass wir dies vor wenigen Wochen in einer gemeinsamen Erklärung mit dem DGB festgestellt und unsere Forderung nach einer kostengünstigen, sicheren und sauberen Energiepolitik formuliert haben.

In diesem Zusammenhang danke ich heute Abend auch der Ministerpräsidentin Hannelore Kraft für ihr Bekenntnis und ihren Einsatz für wettbewerbsfähige Energiepreise am Industriestandort Nordrhein-Westfalen.

Sehr geehrter Herr Oettinger, ich bin sicher, dass wir gleich aus ihrem berufenem Mund hören, welche Leitplanken sie für eine zukunftsfähige Energiepolitik in Deutschland und Europa setzen.

Denn dass Energiepolitik europäisch gedacht werden muss, steht wohl ebenso außer Frage.

Sehr kurzfristig bereitet uns allerdings die voraussichtliche Eröffnung des Beihilfe-Verfahrens gegen Deutschland in Sachen EEG große Sorge. Die Folgen, die sich allein aus der Eröffnung für unsere energieintensiven Unternehmen ergeben, sind sehr weitreichend.

Im Übrigen möchte ich mich auf fünf Kernsätze beschränken:

Erstens: Unser Land braucht endlich eine marktwirtschaftliche Ordnung des Strommarktes und einen verlässlichen Masterplan für die Energiewende.

Zweitens: Dieser Masterplan muss zwingend einem Energiemix folgen, der volatile Energieträger nur in dem Maße berücksichtigt, wie sie die Versorgungssicherheit nicht gefährden.

Drittens: Unsere Industrie ist auf wettbewerbsfähige Energiepreise angewiesen und braucht deshalb sofort wirksame Maßnahmen zur Begrenzung der Kosten, damit wieder mehr Investitionsentscheidungen von Unternehmen zugunsten deutscher Standorte ausfallen.

Viertens: Die Sonderregelungen für energieintensive Unternehmen müssen beibehalten werden – auch für jene Betriebe, die ihren Strom selbst erzeugen. Das gehört zur Wiederherstellung fairer Wettbewerbsbedingungen in Europa.

Und fünftens: Unser Land braucht eine Generalrevision des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, das dem unkontrollierten subventionierten Ausbau erneuerbarer Energien ein Ende bereitet.

Allein diese fünf Punkte machen deutlich: Die Energiewende bleibt eine Operation am offenen Herzen unserer Volkswirtschaft. Das Regierungsprogramm enthält keine überzeugenden Antworten, wie dies gelingen kann.

Meine Damen und Herren,

was für die Energiepolitik gilt, muss auch das Gebot für alle anderen Politikbereiche sein. Die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands muss im Vordergrund stehen, damit – wie es der Titel des Koalitionsvertrages beschreibt – die Zukunft unseres Landes gestaltet werden kann.

- Dafür braucht unser Land eine solide Haushaltspolitik statt neuer Schulden, damit Wachstum und so Zukunftsinvestitionen in Bildung, in Infrastruktur sowie in Forschung möglich sind.
- Dafür braucht unser Land als Wirtschafts- und Investitionsstandort weniger statt mehr Regulierung und unsere Unternehmen Entlastungen statt Belastungen, um international wettbewerbsfähig zu bleiben.
- Und dafür braucht unser Land eine Politik, die die industrielle Basis als Grundlage für unseren Wohlstand stärkt.

Meine Damen und Herren,

die Politik gibt uns derzeit leider wenig Rückenwind. Im Gegenteil: Der Wind bläst uns kräftig ins Gesicht. Aber wir sind Unternehmer. Und wir sind es gern hier am Standort Deutschland.

Deswegen legen wir die Hände nicht in den Schoß, um auf günstigere Wetterbedingungen zu warten. Wir in unseren Unternehmen packen trotzdem an und helfen mit, dass Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung in Deutschland und Nordrhein-Westfalen auch künftig möglich sind.

Und als hörbare Stimme der Unternehmen und Spitzenorganisation der nordrhein-westfälischen Wirtschaft werden wir als Landesvereinigung für eine bessere wirtschaftspolitische Großwetterlage streiten.

Vielen Dank!